Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 37

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

wegten sich die sowjetischen Lebensmittellieferungen auf einem beschämend niedrigen Niveau und erreichten nur einen Bruchteil der entsprechenden Lieferungen an die westlichen «Imperialisten».

Vergleich wichtiger Lebensmittelexporte der Sowjetunion

		Gesamtexport			Exp. n. China		
		1959	1960	1961	1959	1960	1961
Weizen	Mio t	6,0	5,6	4,8	—	—	0,1
Roggen	Mio t	0,54	0,68	1,08	—	—	0,1
Mehl	Mio t	0,08	0,03	0,25	—	—	0,1

Quelle: Ministerstwo Wneschnei Torgowli «Wneschnjaja Torgowlja Sojusa SSSR», Moskau.

Um die wahre Bedeutung dieser Statistik zu erfassen, muss darauf hingewiesen werden, dass in den Jahren 1959 bis 1961 allein die Mitgliedstaaten der Nato folgende Getreidelieferungen aus der Sowjetunion erhalten haben: 1959: 822 400 Tonnen, 1960: 959 500 Tonnen und 1961: 1,9 Millionen Tonnen.

Im gleichen Zeitraum musste das mit einer Hungersnot kämpfende China bedeutende Mengen von Lebensmitteln in die Sowjetunion ausführen. In der sowjetischen Aussenhandelsstatistik finden sich diesbezüglich folgende Zahlen:

Übersicht über die wichtigsten chinesischen Agrarexporte in die Sowjetunion

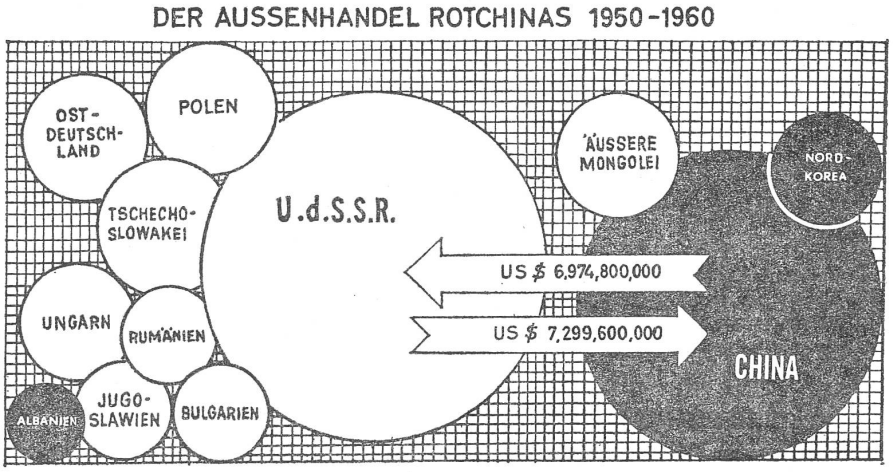
		1959	1960	1961
Weizen	Tonnen	48 000	47 600	—
Sojabohnen	Tonnen	638 900	351 000	10 300
Reis	Tonnen	658 400	415 600	2 300
Fleisch und Fleischprodukte	Tonnen	82 500	38 600	3 300
Gefrierfleisch	Tonnen	60 200	27 900	1 500
Schlachtgeflügel gefroren	Tonnen	500	3 000	200
Fleischkonserven	Mio Büchsen	62,6	21,9	4,3

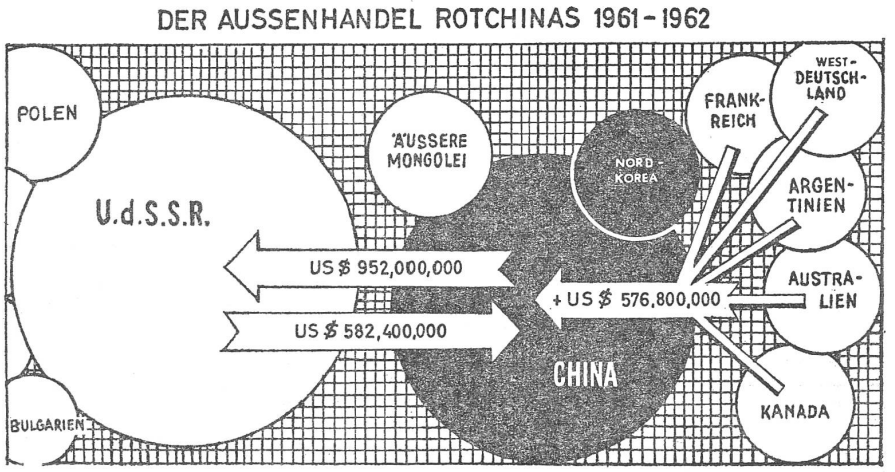
Quelle: Ministerstwo Wneschnei Torgowli «Wneschnjaja Torgowlja Sojusa SSSR», Moskau.

Ueber die Preisbasis und die einzelnen Preise der sowjetischen bzw. chinesischen Güter wurden von keiner Seite irgendwelche Daten veröffentlicht. Jedoch geht aus der sowjetischen Aussenhandelsstatistik hervor, dass das «brüderliche» China im Jahre 1960 für eine Tonne Rohöl durchschnittlich 19,1 Rubel bezahlen musste, obwohl zur gleichen Zeit kapitalistische Staaten das sowjetische Erdöl wesentlich billiger bezogen haben: die Bundesrepublik Deutschland für 8,38 Rubel pro Tonne, Japan für 8,31 Rubel und Frankreich für 9,97 Rubel pro Tonne.

Infolge der machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen China und der UdSSR in den letzten Jahren, das heisst seit 1959, hat die Sowjetunion vor allem die Lieferung von Investitionsgütern an China auf ein Minimum reduziert. Diese Massnahme wird die chinesische Industrialisierung entscheidend beeinflussen, weil die sowjetische Hilfe ein entscheidender Faktor beim Aufbau der Schwerindustrie Chinas war. 1959 haben auch die Chinesen diese Tatsache zugegeben. Die Zeitschrift «Peking Review» schrieb im September 1959 (Nr. 38, 22. 9. 1959) zu diesem Thema:

«Der Aussenhandel mit der Sowjetunion war für den chinesischen Aufbau von allergrösster Bedeutung. Die Sowjetunion lieferte Hunderte von kompletten Fabrikeinrichtungen und gewährte eine unschätzbare technische Hilfe. Die von der UdSSR gelieferten 166 grösseren Industrieanlagen halfen China, seinen ersten Fünfjahresplan erfolgreich abzuschliessen und spielten eine bedeutende Rolle bei der Errichtung der chinesischen Industrie. Sie leisteten einen guten Beitrag zum grossen Sprung nach vorn im vergangenen Jahr (1958).»





+ GETREIDEEINKÄUFE AUS DEM WESTEN

Die Darstellung des rotchinesischen Aussenhandels mit der Sowjetunion und den Satellitenstaaten veranschaulicht den Rückgang des sowjetisch-chinesischen Handels. Während in der Periode 1950 bis 1960 die Lieferungen Chinas (und Nordkoreas) an die UdSSR (mit den übrigen Ostblockstaaten) die jährliche Durchschnittssumme von 697,5 Millionen Dollar erreichten, verminderten sie sich seit 1961 um über 200 Millionen auf durchschnittlich 476 Millionen Dollar im Jahr. Umgekehrt erreichten die sowjetischen Lieferungen an China zwischen 1950 und 1960 die jährliche Summe von 730 Millionen Dollar. Sie verminderten sich aber sehr stark seit 1961, und zwar um 439 Millionen auf etwa 291 Millionen Dollar jährlich. Einen Teil des sowjetischen Ausfalles versuchten die Chinesen durch Getreideeinkäufe im Westen zu kompensieren, die 1961 und 1962 die Gesamtsumme von 576,8 Millionen Dollar erreichten.

An diesen Zahlen lässt sich nicht nur die Bedeutung des sowjetisch-chinesischen Handels (vor allem für China) abmessen, sondern die Zahlen zeigen auch in anschaulicher Weise einen realen Hintergrund des sowjetisch-chinesischen Konflikts, in dessen Gefolge sich der zwischenstaatliche Handel der beiden kommunistischen Konkurrenten so stark vermindert hat. Ueberdies erklären diese Zahlen, besonders die der Periode 1961/62, die chinesischen Bemühungen, den Aussenhandel mit den westlichen Ländern zu intensivieren.

Konflikt

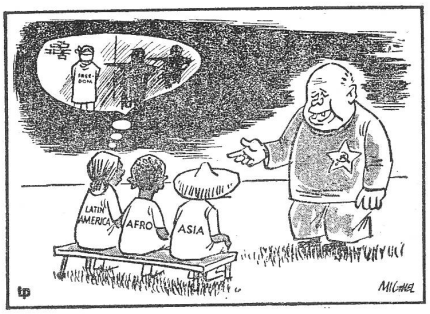
China/UdSSR

Das Urteil des kleinen Mannes

Während die Parteiorgane der Sowjetunion und Rotchinas sich mit tiefschürfenden gegenseitigen Anschuldigungen und stets neuen Enthüllungen zu übertreffen versuchen, während kein Tag vergeht, an dem nicht neue Hintergründe des sowjetisch-chinesischen Konflikts veröffentlicht werden, sind bisher keine Meinungsäusserungen aus den breiten Schichten des Volkes, weder des chinesischen noch des sowjetischen, zu uns gedrungen. Dabei dürfte es äusserst interessant sein, zu erfahren, was zum Beispiel der Durchschnittschinese über den Konflikt weiss und, wichtiger noch, was er darüber denkt.

In Hongkong wurden kürzlich fünf Flüchtlinge aus vier verschiedenen Provinzen Rotchinas über die chinesisch-sowjetischen Differenzen interviewt: ein Kommunenbauer, ein Buchhalter, ein Eisenbahner, ein Bergarbeiter und die Witwe eines Mannes, der in einem Arbeitslager gestorben ist. Sie alle hatten China im Frühjahr verlassen.

Obwohl alle fünf getrennt befragt wurden und sie überdies aus verschiedenen Provinzen kamen, gaben sie auf verschiedene Fragen verblüffend ähnliche Antworten. Als Informationsquelle bezeichneten sie die regelmässigen, obligatorischen Instruktionsabende, die von



«... müsst ihr in erster Linie bestrebt sein, das zu erreichen, was bei uns schon verwirklicht ist!»

Parteifunktionären geleitet würden. Nur ein Befragter erzählte, dass er seine Informationen auch aus Zeitungen oder aus dem Radio entnehme.

Sie alle brachten ihre persönliche Ablehnung gegenüber den Russen zum Ausdruck, obwohl nur ein einziger jemals mit einem sowjetischen Techniker zusammengearbeitet hatte. Zwei hatten überhaupt noch nie einen Russen gesehen und die restlichen beiden hatten noch nie mit einem Russen gesprochen. Als Grund für ihre antirussische Haltung gaben die Befragten übereinstimmend an, dass Lebensmittel und andere Konsumgüter aus China in die Sowjetunion exportiert worden seien. Der Kumpel aus Kanton meinte: «Die Russen haben uns soviel weggenommen. Ich hörte aus Gesprächen mit einfachen Leuten, dass die meisten chinesischen Rohstoffe nach Russland geschickt wurden; deshalb hassten die Leute die Russen. Zwar haben die Russen Schulen und andere Gebäude gebaut, aber die Leute interessierten sich nicht für Gebäude, weil sie schlecht lebten. Sie würden lieber etwas zu essen gehabt haben.»

Der Bauer, der bis zu seiner Flucht Mitglied einer landwirtschaftlichen Volkskommune in der Hunan-Provinz war, und die Witwe aus Shanghai erzählten beide, sie hätten Chinesen kennengelernt, die in der Sowjetunion waren und nach ihrer Rückkehr von den vielen chinesischen Waren, die in den verschiedenen russischen Städten verkauft würden, berichteten. Allerdings wusste nur die Witwe aus Shanghai, deren verstorbener Mann früher Kaufmann war, dass es ein Handelsabkommen zwischen China und der Sowjetunion gibt. Sie wusste aber nicht, dass die chinesischen Führer sich bereit erklärt hatten, an die Sowjetunion Rohstoffe und Lebensmittel im Austausch für Industrieausrüstungen zu liefern. Sie wusste auch nicht, dass China in den Jahren 1959 bis 1961, in der Zeit der schlimmsten Lebensmittelknappheit im Lande, 2,8 Millionen Tonnen Lebensmittel aller Art nach Russland lieferte, als Zahlung für erhaltene Industriegüter.

Als Beweis für die Wirksamkeit einer von oben gelenkten «politischen Diskussion» mag die spontane Aussage von drei der Befragten gelten, die Tausenden von sowjetischen Technikern und Experten hätten 1960 China verlassen, weil «wir sie aufforderten, zu gehen».

«Bei den ‚Schulungsabenden'», erklärte der Kumpel, «wurde uns gesagt, dass China nunmehr unabhängig von der Sowjetunion sein könnte, und dass wir deshalb alle russischen Ingenieure und Experten zurückgeschickt hätten.»

Aehnliches berichtete der Eisenbahnarbeiter: «Früher wurde uns gesagt, dass wir von den Russen lernen könnten, weil sie fortgeschritten seien, aber das stimmt nicht. Man sagte uns dann, dass wir nicht mehr von unseren ‚grossen Brüdern' abhängig sein müssen.»

Die chinesische Bevölkerung teilte offenbar nicht die Meinung der Führung, dass durch den Abzug der sowjetischen Experten der chinesischen Wirtschaft grosser Schaden zugefügt worden sei (ein Vorwurf an die Adresse Moskaus, der in den offiziellen Pekinger Erklärungen immer wieder auftaucht). Im Gegenteil: das Volk war froh, als die fremden Techniker das Land verliessen. Denn erst nach deren Abzug wurden die Lebensmittelrationen grösser. Dies bestätigte der Bauer der Volkskommune mit den Worten: «Als ich China verliess, war die Lebensmittelversorgung zu etwa 80 Prozent ausreichend. Vorher (das heisst vor dem Abzug der sowjetischen Techniker) nur zu 60 Prozent.»

Der Abzug der sowjetischen Techniker fiel natürlich mit dem starken Rückgang des sowjetisch-chinesischen Handels zusammen. 1961 erreichten Chinas Lebensmittelexporte in die Sowjetunion nur noch sechs Prozent des vorjährigen Exportvolumens und nur vier Prozent des Volumens von 1959. Im selben Jahr verhandelte Peking erstmals mit einigen westlichen Ländern über die Einfuhr von Getreide, um damit eine drohende Hungerkatastrophe abzuwenden. (Siehe unseren Beitrag auf Seite 2.)

Jedoch nur der befragte Buchhalter wusste von den westlichen Getreidelieferungen. Dem Eisenbahnarbeiter indes kam dies recht komisch vor, weil man jedenfalls in seiner Provinz kein Mehl esse und weil doch China grosse Mengen Weizen in die Sowjetunion geliefert habe.

Die Aussagen der fünf Flüchtlinge haben natürlich nicht den Wert einer repräsentativen Umfrage. Aber sie vermögen zu zeigen, wie wirksam die pflichtgemässen Schulungskurse der Partei bei der Indoktrinierung der Bevölkerung sind und wie es den Kommunisten gelingt, dem Volk diejenige Information aufzuzwingen, die von der Partei verabreicht wird.

Militär

UdSSR/China/SBZ

«Probleme des Friedens»

Ein aufschlussreiches Argument gebrauchte der SED-Chefideologe Kurt Hager auf der 3. Tagung des ZK der SED (Ende Juli), um die «chinesische Verleumdung», die Sowjetunion habe die nationale Befreiungsbewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas nicht sehr unterstützt und sei sogar dagegen aufgetreten, zu widerlegen. Es sei eine Tatsache, sagte Hager über die sowjetische Hilfe, «dass das ägyptische Volk mit sowjetischen Waffen gegen die anglo-französische Aggression im Jahre 1956 (Suez-Affäre) kämpfte, dass das algerische Volk seine Unabhängigkeit mit sowjetischen Waffen errang und Indonesien mit sowjetischen Waffen die Rückgabe Westirians (Holländisch-Neuguinea) erzwang».

Hager verschwieg dabei weitere Waffenhilfen aus jüngster Zeit. Weder erwähnte er die Waffenlieferung des Ostblocks nach Südafrika (mit denen dort die schwarze Bevölkerung in Schach gehalten wird) noch die über Kuba nach Venezuela geschmuggelten Waffen aus dem Ostblock, die dort von den Partisanen der «Front der Nationalen Befreiung» benützt werden. Dies, obwohl die Zeitschrift «Probleme des Friedens und des Sozialismus» die sowjetische Unterstützung bereits offen propagiert hat, indem sie über die venezolanischen Partisanen berichtete: «Die (sowjetische) Maschinenpistole in der einen Hand, das Buch ‚Partisanenkrieg' von Che Guevara oder Fadejews ‚Junge Garde' in der anderen — das ist die Armee des Volkes.»

Hager bezifferte die Gesamtsumme der Kredite und Waffenlieferungen der Sowjetunion, die in den letzten zehn Jahren an die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegeben worden seien, auf «nahezu drei Milliarden Rubel».

Ideologie

SBZ

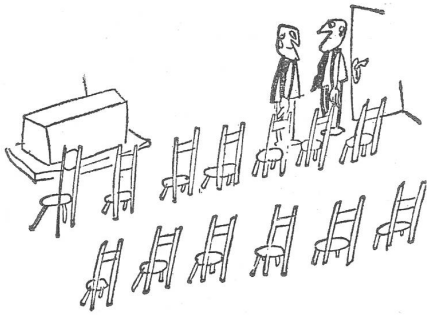
«Bewusstlose» Intelligenz

Bittere Klage über das mangelnde «sozialistische Bewusstsein» vieler Angehöriger der Intelligenz in der SBZ ertönt aus dem Philosophischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Unter dem Titel «Probleme der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und der engen Verbindung von Wissenschaft und Produktion im Denken der wissenschaftlich-technischen Intelligenz» haben die Jenenser Philosophen das Untersuchungsergebnis einer «marxistischen Sozialforschung» in einem Grossbetrieb von Jena veröffentlicht. Ihre ursprüngliche Absicht, die Untersuchung auf das besser klingende Thema «Gesetzmässigkeiten und Probleme der Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins der Intelligenz in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus» auszuweiten, mussten die Philosophen in Jena «nach Absprache mit Parteiorganen» aufgeben.

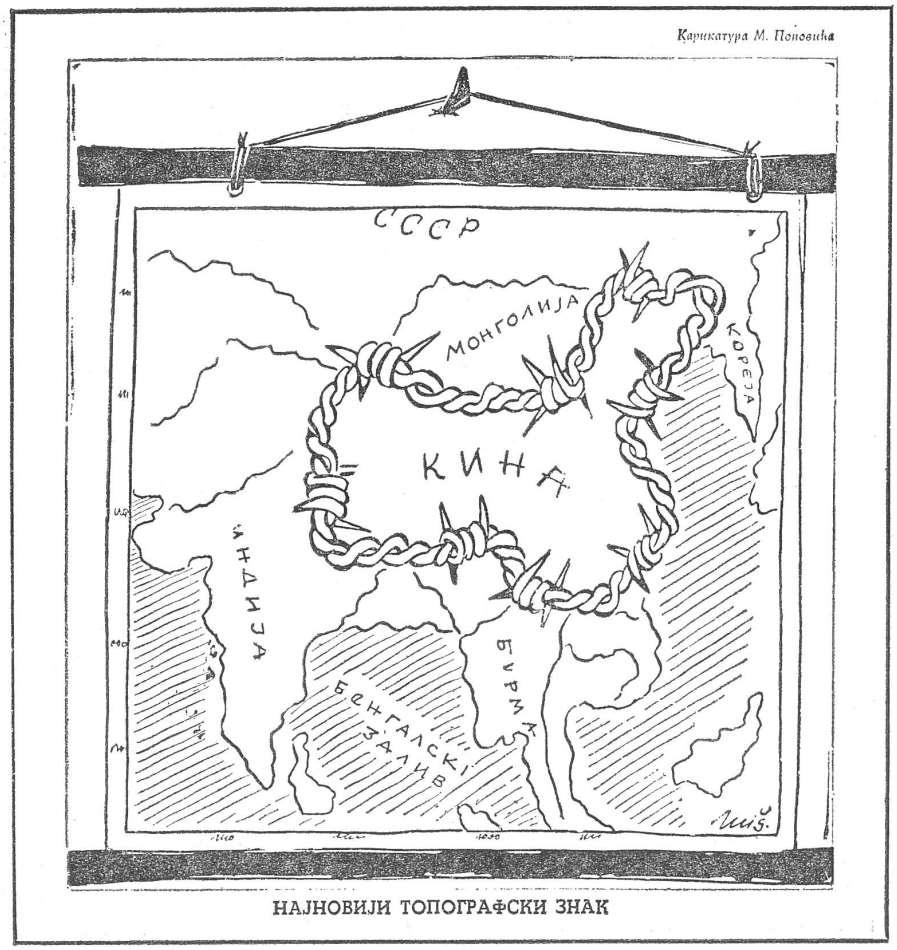
19 Prozent der Betriebsintelligenz des Grossbetriebes in Jena gehören der SED an. Davon fühlen sich 7,7 Prozent der Intelligenz in der Abteilung Forschung und Entwicklung und 22,4 Prozent in der Produktionsabteilung der kommunistischen Partei zugehörig.

Die marxistischen Sozialforscher tüffelten für ihre Ermittlungen ein Punktesystem aus, mittels dessen sie insgesamt neun «Faktoren» (darunter «sozialistische Gemeinschaftsarbeit, «Klarheit über die Probleme des Sozialismus», «Veränderung der Leitungstätigkeit» und «Erhöhung der Gehälter») unterschiedlich bewerteten. Der Faktor «Erhöhung der Gehälter» zum Beispiel erhielt (bezeichnenderweise) die Wertung «null», während die «Klarheit über die Probleme des Sozialismus» die Wertung «10» zugeordnet bekam.

Die errechneten Wertungspunkte aus den neun Faktoren wurden in drei Gruppen eingeteilt. Auf die erste Gruppe (0 bis 34 Punkte) — «Mangelnde Kenntnisse der Probleme des Sozialismus, teilweise Ablehnung des Sozialismus, ausgesprochen kleinbürgerliche Ideologie,



«Ist niemand zur Parteiversammlung gekommen? — Doch, aber sie sind alle gegangen, als sie sahen, dass niemand da war.»
(«Rad», Belgrad)



Das Motiv der chinesischen Mauer ist in europäischen kommunistischen Karikaturen schon mehrfach verwendet worden (vergl. KB Nr. 32). Jetzt tritt auch das Motiv des Konzentrationslagers hinzu (Zeichnung «Jesch», Belgrad).

feindliche Meinungen» — entfielen 24 Prozent der Antworten. Auf die zweite Gruppe (35 bis 49 Punkte) — «Positive Einstellung zum Sozialismus bei mangelnder Kenntnis der konkreten Aufgaben, zum Teil passive Haltung, gewisse Aktivität in betrieblichen Fragen» — entfiel die Mehrheit aller Antworten, nämlich 71,4 Prozent. Auf die dritte Gruppe schliesslich 50 bis 66 Punkte) — «Eindeutige sozialistische Einstellung, gute Kenntnisse der konkreten Aufgaben, politisches Verantwortungsbewusstsein, Initiative» — entfielen nur 4,6 Prozent der Antworten. 12,5 Prozent der Befragten hatten den Fragebogen unausgefüllt zurückgegeben. Sie wurden pauschal der ersten Gruppe zugerechnet. Die Zwischenbilanz der Auswertung war resignierend: im Wirkungsbereich der Befragten gibt es «kaum eindeutig sozialistische Kräfte, die das ideologische Profil bestimmen können».

Peinlicher waren die Antworten auf zwei andere Fragen, die das Philosophische Institut den Angehörigen der Intelligenz gestellt hatte. Nur 37,5 Prozent beantworteten die Frage, ob in den «sozialistischen Arbeits- und Forschungsgemeinschaften» eine grundlegende neue Form der Arbeit gesehen wird, mit «Ja», 39,7 Prozent hingegen mit «Nein». Keine Antwort: 22,7 Prozent. Auf die Frage, auf welche Prinzipien in der Arbeit von Forschungsgemeinschaften sie besonderen Wert legen, gaben 72,2 Prozent der Befragten an: Leitung durch einen fachlich tüchtigen Wissenschafter oder Techniker.

Dem Philosophischen Institut in Jena erschien es denn auch gleich bedenklich, «dass politische Gesichtspunkte im Denken der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in bezug auf die Gemeinschaftsarbeit eine geringe Rolle spielen». Das betreffe «sowohl die Forderung nach dem Bewusstsein, an einer volkswirtschaftlich wichtigen Aufgabe zu arbeiten, als auch die (Forderung) nach hohem politischem Verantwortungsbewusstsein gegenüber der (sozialistischen) Gesellschaft, das nur von 11,7 Prozent der Befragten im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsarbeit genannt wird». Nach dem Motiv befragt, das sie für die eigene Arbeit als massgeblich ansehen, entschieden sich die meisten für «Berufsehre» und «Streben nach gerechter Anerkennung der Arbeit». «Eine allgemeine politische Motivation ist dagegen weniger verbreitet», resümiert der Untersuchungsbericht der «marxistischen Sozialforschung» der Jenenser Philosophen.

Wirtschaft

Guinea

Alle Direktoren einsperren

könnte man in Guinea an Hand einer gründlichen Ueberprüfung der Geschäfte sämtlicher staatlicher Firmen und Gesellschaften. Diese Meinung vertritt nicht etwa ein Gegner des «sozialistischen Aufbaus» Guineas, sondern Präsident Sékou Touré selbst.

Die Kritik des autoritär regierenden Staats- und Regierungschefs über die Wirtschaftspraktiken im Lande nahmen in der Landeszeitung «Horaya» vom 31. August zwei volle, engbedruckte Seiten ein. Die Rede wurde allerdings beträchtlich früher gehalten, anfangs Juli an einer Konferenz von Verwaltungsfunktionären öffentlicher Dienste und staatlicher Gesellschaften. Die vermittelten Einblicke gestatten, das simplizistische Propagandabild der «erfolgreichen Revolution» etwas zu nuancieren.

Die Hauptschwierigkeiten, mit denen sich die Landesverwaltung auseinanderzusetzen haben, erwachsen (wie in vielen andern afrikanischen Staaten) aus der um sich greifenden Korruption. Rechnungen werden nicht bezahlt, Handel wird «ohne staatliche Genehmigung» betrieben, unsaubere Geschäfte sind gang und gäbe, Vetterliwirtschaft ist an der Tagesordnung. Die Unehrlichkeit der Funktionäre scheint erhebliche Ausmasse angenommen zu haben. Eine genaue Untersuchung würde genügend Gründe zutage fördern, sämtliche Direktoren einsperren zu lassen, wie es Sékou Touré zugespitzt formulierte.

Wie beabsichtigt man, diese Zustände zu meistern? Zunächst soll das am 30. September ablaufende Budgetjahr eine klare Bilanz aufweisen. Unbezahlte Rechnungen (namentlich auch von staatlichen Stellen) haben bis dahin beglichen zu werden, «ansonst der verantwortliche und fehlbare Dienstchef fristlos entlassen wird». Ueberdies wird gerichtliche Verfolgung der einzelnen Fälle in Aussicht gestellt.

Millionengeschäfte werden anscheinend von den staatlichen Gesellschaften getätigt, ohne Wissen des Finanzministeriums und ohne Gewähr für Sauberkeit der Abschlüsse. Die Interessen des Volkes würden nicht respektiert, und so sei man auf dem besten Weg, den Glauben an die Revolution zu verlieren. Dazu lautet die Befehlsausgabe Sékou Tourés: «Keine Investition ohne Genehmigung, keine Improvisation, keine Unternehmung, die nicht zum voraus einbudgetiert ist.»

Um vieles konkreter aber sind die Massnahmen, die gegen personelle Korruption und Vetternwirtschaft vorgesehen sind, nämlich die totale Ausschaltung ganzer Gruppen. «*Musste bis jetzt ein Dienstchef oder ein Direktor ersetzt werden, so schlugen mir die Minister diesen oder jenen Mitarbeiter des Abdankenden vor... Diese Praxis wird von nun ab aufhören. Ist aus irgendeinem Grunde ein Direktor zu ersetzen, so wird mit ihm sein ganzer engerer Mitarbeiterstab abgesetzt und durch einen neuen ersetzt.*» Allerdings: So gut sich dieser Vorsatz als Drohung ausnehmen mag, so wenig dürfte er sich konsequent verwirklichen lassen. Dazu fehlen ganz einfach die Kader. Ein Rundgang ganzer Funktionärsgruppen von Amt zu Amt wird ungefähr das meiste sein, was sich tatsächlich erwarten lässt. (Interessant ist, dass gerade diese Erscheinung in der sowjetischen Landwirtschaft zu beobachten ist, wo die Kolchospräsidien mehr oder weniger häufig nach diesem Prinzip ausgewechselt werden.)

Um der generellen Nachlässigkeit und Unehrlichkeit in Buchhaltung und Geschäftsführung Herr zu werden, *hat Guinea bereits die Zahl von Kontrollorganen über Finanz und Verwaltung erhöht* (auch hier wären Parallelen in der UdSSR und den Volksdemokratien zu erwähnen), was zunächst natürlich auch zu einer bürokratischen Neubelastung führt. Ob Sékou Touré nicht vielleicht dazu in der Popularität der Massnahmen etwas irrt? Jedenfalls ist es nach seiner Darlegung «der Wunsch eines zutiefst ehrlichen Menschen, jede Minute seines Lebens unter Kontrolle zu stehen, damit sein Einsatz und seine Aufopferung festgestellt werden können». (Seine übrigen Ausführungen zu dem Kapitel lassen freilich erkennen, dass umgekehrt auch gefahren ist.

Was Sékou Touré zum gebräuchlichen Umgang mit Krediten zu sagen hat, deckt sich zum Teil mit manchem westlichen Pressebericht über die Verschleuderung von Entwicklungsgeldern. Auch dem will der Staatschef radikal begegnen, nämlich mit *einer vollständigen Sperre von Nachtragskrediten.* «Die Reaktion auf Gesuche dieser Art», so drohte Sékou Touré den anwesenden Staatsfunktionären, «wird ganz einfach in Ihrer Absetzung bestehen. Das gilt auch für sogenannte Notfälle.»

Selbstverständlich ist sich Sékou Touré voll bewusst, dass die von ihm geschilderten Missstände auch Anlass zur Kritik am System selbst werden können. In mehreren Stellen seiner Rede nimmt er darauf Bezug, mit vorsichtigen Unterscheidungen zum Teil, welche die «in gutem Glauben» geäusserten Irrtümer betreffen oder die «neokolonialistische Propaganda». Auch gibt er zu, dass die Opposition, die unter seinem Regime nicht laut werden darf, selbst in ihrer Stille wirksam ist: «Manche gehen (mit ihrer Kritik) allerdings weiter. Und wenn sie es auch nicht wagen, ihren Gedanken Ausdruck zu verleihen, um nicht als Konterrevolutionäre dazustehen, so flüstern sie doch ziemlich überall.» (Als Beispiel der «Informationsfreiheit» in Guinea sei erwähnt, dass der letzte Regierungssturz in Kongo-Brazaville von der einzigen Zeitung Guineas einfach totgeschwiegen wurde.)

Mit schönen Worten verteidigt Sékou Touré das System trotz seiner Unzulänglichkeiten: «Wir dürfen unsere menschlichen Schwächen nicht länger als Vorwand gebrauchen, um den Wert unserer politischen Entscheidung zu bestreiten.» Gewiss, eine oftmals beherzigenswerte Mahnung, aber, wie Sékou Touré in der gleichen Rede sagte: «Les discours sont une chose, la pratique en est une autre.»

Wirtschaft

Rumänien

Doch Sonderzüglein?

Der ansatzweise Konflikt Rumäniens mit der Wirtschaftsorganisation des europäischen Ostblocks, dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW = Comecon), den man für beigelegt hielt, geht anscheinend doch weiter. Indizien lassen darauf schliessen, dass sich das Land nicht an der Güterwagengemeinschaft des RGW (siehe KB, Nr. 32) beteiligen will.

An der letzten Tagung der Ständigen Transportkommission des RGW (25. Juni bis 3. Juli 1963 in Warschau) wurde das Statut einer der Europ ähnlichen Güterwagengemeinschaft von den europäischen RGW-Staaten — einschliesslich der Sowjetunion — angenommen. Die neue Gemeinschaft sollte ihre Tätigkeit am 1. Januar 1964 aufnehmen. Alle Teilnehmerstaaten, so auch Radio Bukarest (6. Juli d. J.), berichteten begeistert über die Erfolge der Warschauer Tagung.

Inzwischen kamen aber Gerüchte in Umlauf, wonach Bukarest sich neuerdings weigern würde, an der Güterwagengemeinschaft mitzumachen, da infolge seiner abgelegenen geographischen Lage Rumänien sich an dem Hauptverkehr nicht entsprechend beteiligen könnte. Es sei für die rumänische Wirtschaft nicht günstig, sich einer solchen Organisation anzuschliessen, deren Vorteile sie nur in beschränktem Masse geniessen könnte. Für diese Vermutung sprechen folgende Argumente:

In einem Bericht von Radio Prag (8. 8. 1963) wurde bei der Aufzählung jener Länder, die sich bereit erklärten, für die Gemeinschaft Güterwagen zur Verfügung zu stellen, Rumänien nicht erwähnt. Man sprach nur von Bulgarien, der CSSR, der SBZ, Polen, Ungarn und der UdSSR.

Die tschechoslowakische Zeitung «Sloboda» (18. 8. 1963) führte auch alle Teilnahmer der Güterwagengemeinschaft ohne Rumänien an.

Die tschechoslowakische Nachrichtenagentur CTK (26. 8. 1963) berichtete im Zusammenhang mit der sowjetischen Teilnahme nur über fünf andere Mitgliedstaaten, obwohl mit Rumänien sechs sein sollten.

Die in Prag erscheinende «Hospodarske Noviny» sprach zwar am 9. August auch über Rumänien, aber da es sich um eine Wochenzeitschrift mit längeren Aufsätzen handelt, wurde der Artikel wahrscheinlich bedeutend früher verfasst.

Anscheinend will Rumänien also doch mit einem Sonderzüglein fahren.

Erziehung

Ungarn

250 000 Analphabeten

Wer der Meinung ist, dass durch den «Aufbau des Sozialismus/Kommunismus» in den Ländern des Ostblocks das Analphabetentum zu einer Angelegenheit der Vergangenheit gemacht worden sei, muss sich eines besseren belehren lassen. In Ungarn jedenfalls hat die «fortschrittliche sozialistische Erziehung» ihre Ziele nicht erreicht.

«Magyar Nemzet», das Organ der ungarischen «Vaterländischen Volksfront», stellte Anfang September fest, dass «die Zahl der Analphabeten von sechs Prozent vor 1945 auf drei Prozent gesunken ist».

«Nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung», kritisiert «Magyar Nemzet», «bedeuten diese drei Prozent immerhin noch mehr als 250 000 Analphabeten und Halbanalphabeten. Noch bedenklicher erscheint es, dass von dieser Viertelmillion 58 000 weniger als 50 Jahre alt sind und sich in ihren Reihen auch zahlreiche Jugendliche im Alter von 17 bis 25 Jahren befinden..., was auf Mängel in unserem Erziehungssystem schliessen lässt...»

Diese Angaben sagen allerdings nichts über die Zahl der sogenannten funktionalen Analphabeten aus, das heisst solche Menschen, die zwar Lesen und Schreiben gelernt haben, bei denen aber die Kenntnisse des Lesens und Schreibens infolge der fehlenden Uebung wieder abhanden gekommen sind. Der Begriff des «funktionalen Analphabeten», der in der westlichen Soziologie und Psychologie gebräuchlich ist, wird indes im Ostblock nicht akzeptiert, eben weil er aus dem Bereich der westlichen Sozialwissenschaften stammt, gegen die die «marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft» einen erbitterten Kleinkrieg führt. Die tatsächliche Zahl der Analphabeten in Ungarn könnte somit wesentlich höher liegen.

Immerhin ist sich «Magyar Nemzet» dieses unsozialistischen Zustandes bewusst und bemüht sich um eine Korrektur: «Wir müssen bestrebt sein, die weissen Flecken auf der Landkarte der Bildung so rasch wie möglich verschwinden zu lassen und verhindern, dass der Analphabetismus durch Jugendliche aufgefüllt wird, die von der Schule häufig fernbleiben oder überhaupt keine Schule besuchen wollen.»

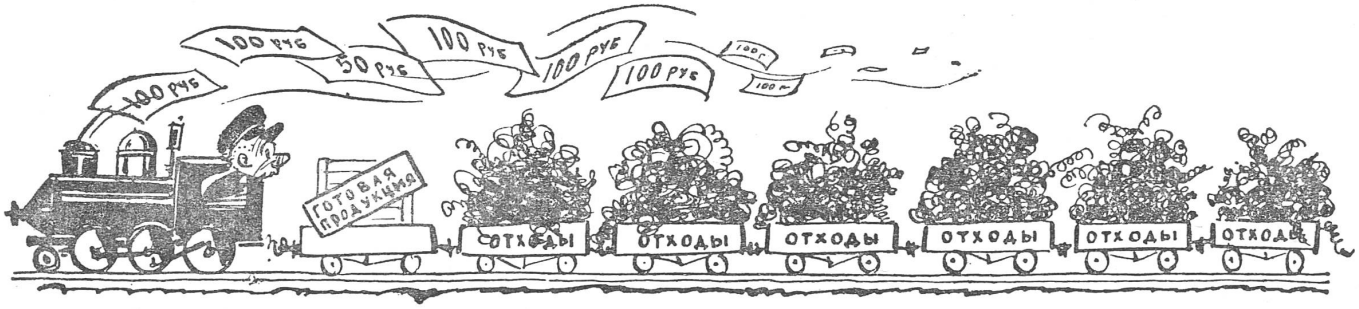
Karikatur

Sowjetunion

Lehrstuhl vom Lehnstuhl

Die Bildunterschrift zur Zeichnung der Moskauer satirischen Zeitschrift bezieht sich auf den zukunftsträchtigen Parteilehrsatz «Jedem nach seinen Bedürfnissen», der im Zeitalter des Vollkommunismus (laut geltendem Parteiprogramm ab 1980) das Prinzip «Jedem nach seiner Leistung» ablösen soll. Der Hochschulabsolvent auf unserer Karikatur ist offensichtlich der Ansicht, dass nach vollbrachter Studienleistung für ihn das versprochene Zeitalter bereits fällig wird.

An sich scheint ja die dargestellte Situation nicht so alarmierend, dass sie satirisch gegeisselt werden müsste. Dass die Familie den frisch gebackenen Fachmann mit Geschenken feiert, die auch fröhlich angenommen werden, dürfte schliesslich keine so verwerfliche Sitte sein. Was die Partei aber beunruhigt, ist die verbreitete jugendliche Auffassung vom Anrecht auf ein bequemes Leben unbeschadet um die weiteren Aufgaben sowohl der Weltrevolution als auch des wirtschaftlichen Aufbaus im Innern. «Unsere Väter haben die Revolution ge-



Diese Komposition ist allerdings kein sowjetisches Sonderzüglein, sondern in ziemlich allen Ländern mit kommunistischer Planwirtschaft zu finden. Verschwendung durch Fehlplanung: sechs Waggons voll Abfall, nur ein Wägelchen mit der Fertigproduktion und das Geld verflüchtigt sich durch den Schornstein. Da staunt selbst der Lokomotivführer. **(«Ekonomitscheskaja Gazeta», Moskau)**

Nach dem Hochschulexamen: «So, liebe Verwandte, von jedem bekomme ich nun nach meinen Bedürfnissen». **(«Krokodil», Moskau)**

macht, damit es ihren Kindern gut gehe», so argumentiert etwa die neue Generation. «Nun, wir sind die Kinder und wollen es gut haben.»

Dass diese Verbürgerlichungstendenz, übrigens ein gründlich ausgeschlachtetes Argument Pekings im Streit gegen Moskau, der KP nicht genehm sein kann, leuchtet ein. Sie wird denn auch bekämpft, und zwar keineswegs nur mit Witzen, sondern auch mit handfesteren Massnahmen, zu denen in erster Linie die Verschickung von Jugendgruppen ins sibirische oder kasachische Neuland gehört.

Ungenügender Arbeitseinsatz kann überdies von sogenannten «Kameradschaftsgerichten» oder «Dorfversammlungen» mit der Disziplinarmassnahme einer Verschickung bis zu fünf Jahren geahndet werden. Parasitärer Lebenswandel und Einkünfte aus der Arbeit anderer (was als «Ausbeutung» und Zugehörigkeit zum Klassenfeind taxiert wird) ist ein sehr schwerwiegender Strafbestand, der in Extremfällen auch Todesurteile nach sich zieht. So hat die Sowjetpresse durchaus recht, wenn sie sich gegen den chinesischen Vorwurf verwahrt, die Sowjetunion unternehme gegen das grassierende Parasitentum überhaupt nichts. Und damit ist auch die Meinung, in der UdSSR schaffe eine unaufhaltsame Verbürgerlichung bereits «westliche» Zustände, unzutreffend. Die Struktur der Diktatur bleibt, auch wenn die Untertanen versuchen, es sich innerhalb des gegebenen Rahmens möglichst bequem einzurichten.

Freilich hofft die Partei, den Einzelnen freiwillig dazu zu bringen, nur in Kategorien der Kollektivinteressen zu denken, die von ihr selbst definiert werden. Die Umerziehung des Menschen, die den «Vollkommunismus» erst möglich machen soll, nimmt im Schulungsprogramm auf allen Stufen den breitesten Raum ein. Soeben sind die Gesellschaftswissenschaften an den Hochschulen des Landes um eine neue Disziplin, «Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus» bereichert worden, für die an gewissen Fakultäten (Recht und Volkswirtschaft) bis 70, an andern 20 bis 30 Stunden reserviert werden. Die Anstrengungen gehen also ununterbrochen weiter, damit an keinem Lehrstuhl die Lehre vom Lehnstuhl verkündet werde.

DIE KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN: ÖSTERREICH

Die Kommunistische Partei Oesterreichs (KPOe) hat nach dem Zweiten Weltkrieg dank der sowjetischen Besatzungsmacht einen allerdings sehr bescheidenen Aufschwung erlebt. Seit 1949 ist der Stimmanteil der Partei dauernd zurückgegangen, wiewohl die sowjetische Besatzungsmacht das Land erst nach Abschluss des Staatsvertrages im Jahre 1955 verliess. Dieser Stimmanteil der KPOe schwankte um fünf Prozent bis 1959, als er auf drei Prozent zurückfiel. Oesterreichs Bevölkerung hat sich damit von allen Ländern, die von Verbänden der Roten Armee ganz oder teilweise besetzt gewesen sind, am eindrücklichsten und erfolgreichsten gegen die kommunistische Infiltration gewendet.

Der Einfluss der KPOe reicht allerdings über den Stimmanteil heraus. Das Erbe der sowjetischen Besatzungsmacht besteht in einer Reihe von wirtschaftlichen Unternehmen, die von kommunistischen Funktionären geleitet werden. Die KPOe ist überdies Besitzerin einer der grössten und modernsten Druckereien Wiens: die Globus Zeitungs-, Druck- und Verlagsanstalt GmbH, welche die für Westeuropa bestimmte Ostblockpropaganda druckt. Die KPOe profitiert schliesslich massiv vom Osthandel. Eine interne Spaltung als Folge des Konflikts Moskau—Peking hat sich schon 1962 angebahnt, ohne vorläufig grösseres Ausmass anzunehmen.

Der Stimmanteil in Prozenten und die Anzahl der Abgeordneten für jede Partei als Ergebnis der letzten Wahlen vom 18. November 1962 (Zahlen für die Anzahl der Abgeordneten nach den Wahlen vom 10. Mai 1959 und von 1956 in Klammern) sind nachstehend aufgeführt:

Extreme Linke, KPOe	3,0 %	0	(0 : 3)
Nichtkomm. Linke SPOe	44,0 %	76	(78 : 74)
Zentrum, OeVP	45,4 %	81	(79 : 82)
Rechte, FPOe	7,0 %	8	(8 : 6)

Soziales

Ungarn

Postraub? Nie!

Warum in Ungarn ein Postraub, wie er sich in England ereignet hat, unmöglich wäre . . .

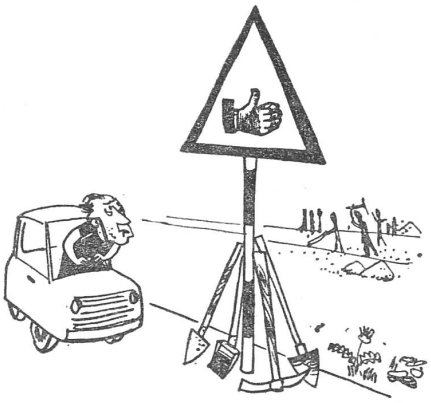
Die ungarische satirische Zeitschrift «Ludas Matyi» erörterte die Möglichkeiten der Durchführung eines Postraubes à la England in Ungarn und kommt zum Schluss, dass ein ähnlicher Ueberfall auf einen Postzug aus den folgenden Gründen nicht durchführbar wäre:

«. . . Es fehlen dafür bei uns alle Voraussetzungen. Erstens hätten sich von den dreissig Männern der Bande wenigstens vier krank gemeldet, acht wären irrtümlicherweise zu einem anderen Bahndamm gegangen und drei hätten vom Plattensee aus telegraphiert, dass sie erst nach zwei Tagen kommen könnten. Unter den unbarmherzigen kapitalistischen Verhältnissen wagen es die Verbrecher natürlich gar nicht, an so etwas zu denken, weil man sie ohne Pardon auf die Strasse setzen würde. Es wäre bei uns auch nicht möglich, das grüne Streckensignal zu verdecken, weil man keinen Ueberzug für die Batterielampe auftreiben könnte. Die Industrie und der Handel versprechen wohl Ueberzüge, aber einstweilen sind sie noch Mangelware.

Und was das Durchschneiden der Telephondrähte betrifft, womit sollte man sie bei uns durchschneiden, wenn die Fabrik, die Drahtscheren erzeugen sollte, im Interesse ihrer Planwirtschaft Aschenbecher herstellt? Uebrigens hätte bei uns der Postzug zwei Stunden Verspätung gehabt, und wo gibt es schon einen Banditen mit so starken Nerven, der eine solche Verspätung ruhig hinnehmen könnte?

Die ganze Welt konnte lesen, dass die Banditen das Geld in einen Lastkraftwagen verladen haben. Das konnten sie in England tun, aber bei uns, wo die Autowerkstätten für Reparaturen Termine von mindestens drei Monaten haben, auf was hätten sie da die Säcke verladen sollen? Dass man bei uns keine Prämie für die Ergreifung der Banditen ausgesetzt hätte, darüber braucht man wohl kein Wort zu verlieren. In unserer Planwirtschaft gibt es dafür keinen Budgetposten. Hätte man vielleicht den Ausgabenetat für Bankette reduzieren sollen? Das käme gewiss nicht in Frage!

Uebrigens wäre so ein Postraub bei uns schon darum nicht möglich, weil sich die Menschen vor den schweren Strafen fürchten. Sie wissen, dass man sie in eine niedrigere Lohnkategorie versetzen würde, wenn die Sache aufkommt.»



Von Gangstern umgestelltes Verkehrszeichen? Nein, höchstens Signalisierung «freiwilliger Aufbauarbeit». (Zeichnung «Ludas Matyi», Budapest.)

Der Schnappschuss

Auf das «Schuldkonto der Antikommunisten» bucht der «Vorwärts» nebst allen Toten des Ersten Weltkrieges: «32 Millionen tote Soldaten, 20 Millionen Tote unter der Zivilbevölkerung, 29 Millionen Verwundete und Verstümmelte, 26 Millionen Menschen in Konzentrationslagern deportiert, das ist die schreckliche Bilanz des Zweiten Weltkrieges, der ausbrechen konnte, weil die Kräfte des Friedens zu schwach waren, um ihn zu verhindern. Auch das geht auf das Konto der ‚westlichen' kapitalistischen und angeblich so christlichen Ordnung.»

Ja. Und gehört zur Bilanz des Zweiten Weltkrieges vielleicht nicht der deutsch-sowjetische Pakt von 1939, der Hitler den Angriff auf Polen erst ermöglichte? Und sind beispielsweise in der Aufstellung die zehntausend polnischen Offiziere, die 1940 im Zeichen der Achse Berlin—Moskau von den Sowjets in Katyn erschossen wurden, inbegriffen? Schliesslich: Hitlers Ordnung war nicht angeblich christlich, sondern angeblich sozialistisch, ebenso wie die Ordnung beim zeitweisen sowjetischen Partner angeblich sozialistisch ist. (Uebrigens machte doch Hitler bei jeder Gelenheit in Antikapitalismus: die «Plutokratie» des westlichen Auslandes gehörte zu seinen Standardbeschimpfungen, ebenso wie die «Friedenswacht» zu seinen Standardversicherungen gehörte.)

Nebenbei: Wenn der «Vorwärts» schon die Opfer des Ersten Weltkrieges auf das Schuldkonto der Antikommunisten lädt, warum nicht auch gleich die Opfer Neros? Es ginge, was die Intelligenz der geschichtlichen Interpretation angeht, in einem.

*

Die Chinesen können das «r» nur mit grossen Schwierigkeiten aussprechen; bekanntlich wird bei ihnen aus diesem Laut unweigerlich ein «l». Die «Iswestija» ironisiert: «Die Chinesen sind ja gar keine wirklichen Revolutionäre, obwohl sie sich ihres ‚levolutionälen Chalakters' so brüsten.»

*

Immer wieder zeigen Beispiele, wie es um die angebliche volle Gleichberechtigung der Frau im kommunistischen Staat tatsächlich bestellt ist. So in Ungarn: Die Csepeler Autogarage beschäftigt Frauen zu einem Stundenlohn von 4.50 bis 4.80 Forint. Männer erhalten für die gleiche Arbeit 6.50 Forint. («Nepszava», zentrales Gewerkschaftsorgan, Budapest.)

*

In der Stadt Zittau (Sachsen) wurde kürzlich ein renoviertes Theodor-Körner-Denkmal eingeweiht. Zur Ehrung des «grossen deutschen Freiheitskämpfers und -Dichters» fand ein «historischer Wachaufzug durch einen Beritt Lützower Husaren und russischer Gardejäger» statt.

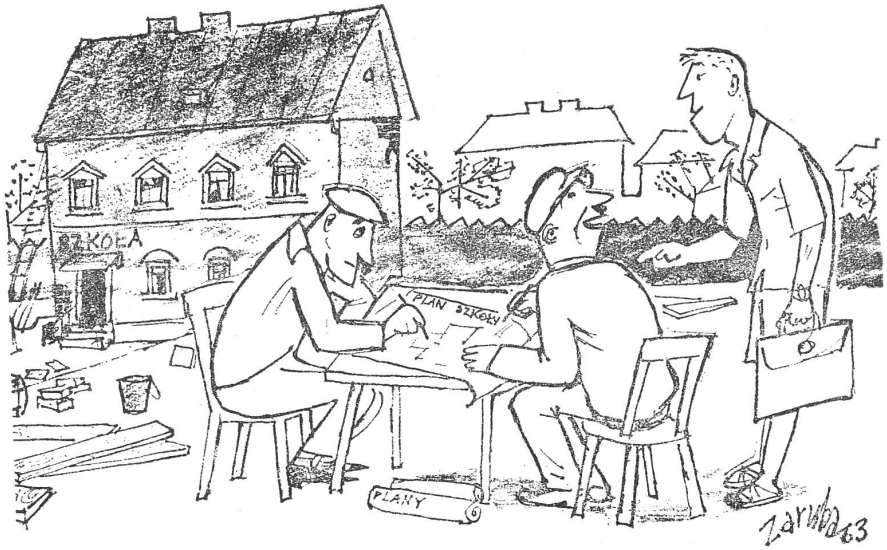
Die Denkmalsrenovierung war erforderlich geworden, weil Rotarmisten das Relief mit dem Kopf Theodor Körners im Mai 1945 als Zielscheibe für ihre Maschinenpistolen benutzt hatten.

(Fortsetzung von Seite 1)

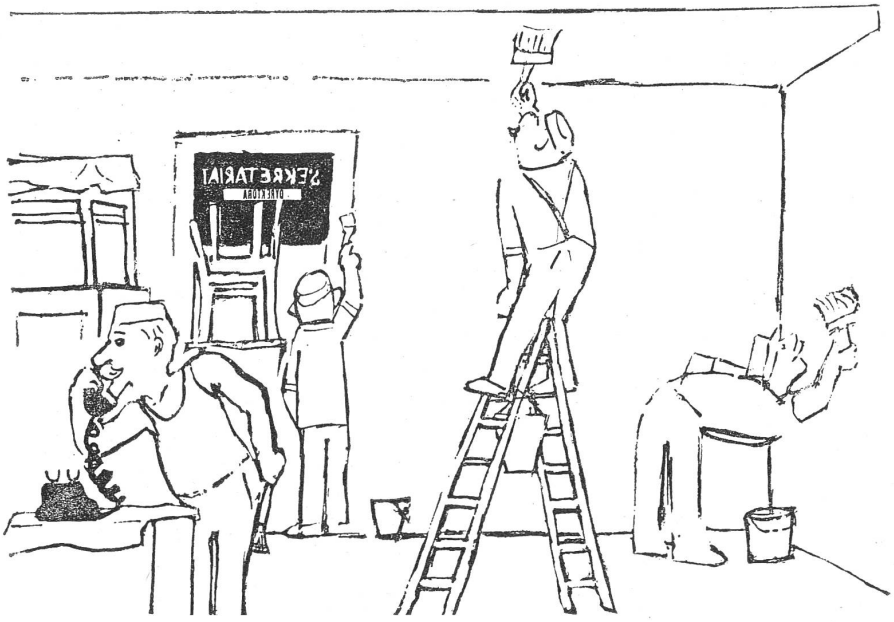
KPI im Einsatz Schweiz

Nach Abschluss der Wahlen müssen keine besonderen Rücksichten mehr genommen werden. Deshalb kann zur dritten Etappe übergeleitet werden: hier erfolgt der Einsatz in aller Oeffentlichkeit. Daher ist zu erwarten, dass die KPI nunmehr ganz offiziell «bessere Arbeitsbedingungen» in der Schweiz fordern wird. Sie kann so an Popularität bei den Gastarbeitern gewinnen. Sie belastet ferner die Beziehungen Italiens zur Schweiz. Sie bedroht schliesslich die Volkswirtschaften beider Länder: ein Rückfluss grösserer Arbeiterkontingente nach Italien hätte beidseits des Gotthards Krisenerscheinungen zur Folge.

Auf diese Weise ist die Schweiz in die Einflusszone der KPI gerückt. Es ist kein Zufall, dass «unsere» PdA schon vor mehreren Jahren aus der Befehlsgewalt der KP Frankreichs herausgelöst und in jene der KP Italiens verwiesen worden ist.



«Was machen die Herren denn da?» — «Wir verarbeiten den Plan für die Verzögerung der Schulrenovation.» **(«Szpilki», Warschau)**



«Bedaure, hier ist niemand. Hier wird heute gearbeitet.» **(«Szpilki», Warschau)**

Herausgeber: Schweiz. Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telephon: (031) 2 77 69 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—). Einzelnummer Fr./DM —.50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.